



NRWinfo



Klimaschutz “made in NRW”?

BUND-Landesvorsitzender Holger Sticht:

„Klima- und Naturschutz gehören zusammen“



Liebe Leserinnen, lieber Leser,

im Mai hat die Landesdelegiertenversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Paul Kröfges, nach sechs Jahren als Vorsitzender des BUND NRW mit stehenden Ovationen und minutenlangem Applaus in seinen (Un)ruhestand verabschiedet, überlässt einen Verband in bester Verfassung: So viele Mitglieder wie nie zuvor, wachsende Aktivenzahlen in immer mehr Ortsgruppen, auch Dank toller und vieler neuer Projekte und Kampagnen zur Wildkatze, Kohle, Jagd, Gebäudebrüterschutz, Schule als Garten etc. Mit der *Bildungsoffensive BUND* aktivieren wir seit diesem Jahr mehr Mitglieder und geben Aktiven Handlungsempfehlungen für die Arbeit vor Ort an die Hand.

Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen. Die Anzahl von Projekten und Kampagnen können und wollen wir weiter steigern, beispielsweise im Bereich des Leitartenschutzes und der BUND-Flächen.

Den Schwund der Biodiversität werden wir nur aufhalten und den Trend umkehren, wenn der Schutz der natürlichen Vielfalt verstärkt als Querschnittsaufgabe verstanden und umgesetzt wird. Deswegen sollen gerade Projekte in diesen Bereichen zukünftig einen Schwerpunkt bilden.

Wir bleiben die Triebfeder beim Projekt Wassernetz und damit bei der Aufwertung unserer Gewässer und der Revitalisierung unserer Auen. Wir beteiligen uns als ein „Erfinder“ des Klimaschutzgesetzes an der Erstellung des Klimaschutzplans. Im Laufe des Jahres werden wir zudem in das Projekt „Energiewende von Unten“ einsteigen, das den BUND zum Hauptmotor einer Bürgerbewegung für die Erzeugung erneuerbarer Energien machen wird.

Eine besondere Herausforderung jetzt und in den kommenden Jahren wird es sein, unsere Ziele im Bereich des Klima- und des Naturschutzes gleichermaßen zu erreichen. Dies ist zum Beispiel bei der Forstwirtschaft oder bei der Windenergie mit Konflikten behaftet. Konflikte, in die wir von anderen Interessengruppen gedrängt werden, die nur einseitig aufgestellt sind oder sogar weder Natur- noch Klimaschutz „auf dem Schirm“ haben, die ihre Kohlepolitik zementieren wollen oder immer noch auf Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke spielen. Konflikte, die sowohl dem einen als auch dem anderen Ziel schaden.

Wer auf „klimaresistente“ Wälder setzt, kann nicht gleichzeitig Aufforstungen - erst recht nicht mit der amerikanischen Douglasie - befürworten. Wer Kohlenstoff binden will, muss Wald wieder Waldökosystem werden lassen und die Renaturierung der Moore im Blick haben. Wer Biodiversität und Windenergie will, darf den Artenschutz nicht als Hürde, sondern muss diesen als Qualitätsmerkmal der Energiewende „made in NRW“ begreifen und in die Ausbauplanung vollumfänglich integrieren. Wer die Energiewende beschleunigen will, muss vor allem den Energieverbrauch in den Fokus nehmen. 30 Prozent des derzeitigen Energieverbrauchs könnten Unternehmen und Haushalte einsparen, ohne dass irgendjemand in unserem Lande Einbußen seines gewohnten Lebensstandards hinnehmen müsste.

Der BUND ist der Verband, der Klima- und Naturschutz will, und wir zeigen, wie es geht. Diese Ziele sind laut Koalitionsvertrag in vielen Punkten deckungsgleich mit denen der Landesregierung. Wir werden Rot-Grün an diesen Ankündigungen messen.

Ihr

Holger Sticht

Vorsitzender BUND NRW

Der neue gewählte BUND-Landesvorstand: Dieter Schmalz, Nora Langenfurth, Götz Lederer, Michael Harenger, Kerstin Ciesla, Holger Sticht, Klaus Brunsmeier, Thomas Krämerkämper, Notburga Henke (v.l.n.r.). Nicht im Bild: Bernd Meier-Lammering und Friedrich Ostendorff.

Mehr Infos zur Landesdelegiertenversammlung 2013:
www.bund-nrw.de/ldv2013

Fotos: D. Jansen



Kohle contra Erneuerbare

Nordrhein-Westfalen ist weiterhin Kohleland: 2012 entfielen 73 Prozent der hiesigen Stromerzeugung auf Braun- und Steinkohle. Die erneuerbaren Energien kamen hingegen auf einen bescheidenen Anteil von nur 7 Prozent. Mit der Förderung von 102 Millionen Tonnen Braunkohle erreichte im letzten Jahr ausgerechnet der „Klimakiller Nr. 1“ ein neues Hoch. Gegenüber dem Vorjahr stiegen damit erstmals auch wieder die Kohlendioxidemissionen Deutschlands an.

Eine Trendwende für NRW soll das im Januar 2013 verabschiedete Klimaschutzgesetz bringen. Derzeit läuft unter breiter Beteiligung von Stakeholdern die Aufstellung eines Klimaschutzplanes, in welchem die Maßnahmen zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen festgelegt werden sollen. Die Landesregierung will so zum Beispiel den Anteil der regenerativen Energien bis 2025 auf 30 Prozent steigern. Ein ambitioniertes aber realistisches Ziel.

Eine große Koalition aus SPD, CDU und FDP propagiert dennoch weiterhin den Bau neuer Kohlekraftwerke. Groß war auch der Aufschrei, als unlängst ein BUND-Vorschlag für ein Kohleausstiegsgesetz aus einer internen Arbeitsgruppe beim NRW-Umweltministerium in die Öffentlichkeit durchgestochen wurde. Klimaschutz paradox in NRW!

Der Abschied von der Kohle fällt der Politik sichtbar schwer. Gut, dass es den BUND gibt. Mit seinen schon fast historisch zu nennenden Klagen gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II und die Kohlekraftwerke entlang der Lippe sorgen wir für ständige politische Debatten.

Aber letztendlich können vor allem die WählerInnen zwischen der Kohle und einer zukunftsfähigen Energieversorgung entscheiden. Am 22. September stimmen sie auch darüber ab, ob die Energiewende ausgebremst wird oder nicht.

Wie sich die jeweiligen WahlkreiskandidatInnen zu den BUND-Forderungen stellen, zeigt der große KandidatInnencheck. Machen Sie sich selbst ein Bild! Dank des Öko-Checks kann jede/r die Haltung der KandidatInnen zur Bundestagswahl im eigenen Wahlkreis überprüfen.

Nutzen Sie ihren Stimmzettel, um ein Zeichen für ein Mehr an Ökologie zu setzen! (dj)

 www.bund-nrw.de/wahl2013



Foto: D. Jansen

Kohlelobby lässt nicht locker

Neuer Anlauf für Datteln IV

Gegen die Stimmen der Grünen und Linken hat die Mehrheit aus CDU, SPD und FDP im Regionalverband Ruhr (RVR) am 5. Juli einen neuen Anlauf zur Realisierung des gerichtlich gestoppten E.on-Kohlekraftwerks Datteln IV gestartet. Die RegionalpolitikerInnen beantragten bei der Landesregierung ein so genanntes Zielabweichungsverfahren, mit dem die landesplanerischen Vorgaben umgangen werden sollen. Denn nach dem rechtsgültigen Landesentwicklungsplan ist der Kraftwerksstandort Datteln unzulässig.

Der BUND und seine Verbündeten begleiteten die Entscheidung mit einer Protestaktion. Ein „Kohlelobbyist“ streckte den eintreffenden Mitgliedern des Gremiums zur Begrüßung kohlegeschwärzte Hände entgegen. Ringsherum demonstrierten AktivistInnen mit Bannern und Plakaten unter dem Motto „Nein zu Datteln 4 - nicht die Hände schmutzig machen!“. Für die KraftwerksgegnerInnen kommt das rechtlich unzulässige Zielabweichungsverfahren einer neuen Lex E.on gleich. Stimmt die Landesregierung der Zielabweichung zu, wäre dies eine politische Ausnahmeerlaubnis für Datteln IV. Mit einer großen Online-Initiative appellieren BUND, compact und Co. deshalb an die Landesregierung, kein Recht für den Kraftwerks-Schwarzbau zu verbiegen.

Unterdessen musste E.on eine weitere juristische Schlappe einstecken. Der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig hat die Beschwerden des Landes Nordrhein-Westfalen und von E.on gegen das vom BUND erstrittene Datteln-Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW zurückgewiesen. Damit ist die Entscheidung vom 12. Juni 2012, mit dem die grundlegende immissionsschutzrechtliche Kraftwerksgenehmigung aufgehoben wurde, rechtskräftig. (dj)

 www.bund-nrw.de/datteln



Machen Sie mit!
Unterschreiben Sie den Online-Appell „Kein grünes Licht für Klima-Killer“.
www.bund-nrw.de



4. Juni 2013, Bundesverfassungsgericht Karlsruhe: Gespannte Mienen der Beschwerdeführer vor der Verhandlung. Fotos: D. Schubert

BUND-Verfassungsbeschwerde Garzweiler Im Namen des Volkes

Dienstagabend, kurz nach 22 Uhr in Karlsruhe. Der Vorsitzende des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Kirchhof, schließt die mündliche Verhandlung der Verfassungsbeschwerden gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II. Seit 10 Uhr hatte der Senat das Für und Wider mit den Beschwerdeführern und sonstigen Verfahrensbeteiligten diskutiert. Mit Spannung erwartet jetzt ganz Deutschland die Entscheidung.

Es war der erwartete „Showdown“ im jahrzehntelangen Widerstand des BUND gegen Garzweiler II. Im Dezember 2008 hatten der BUND NRW und Stephan Pütz aus Erkelenz-Immerath schließlich die Verfassungsbeschwerden eingereicht. Zuvor waren alle Klagen im verwaltungsrechtlichen Instanzenweg abgeschmettert worden.

der Betroffenen ein. Der private Beschwerdeführer schilderte eindrucksvoll die Folgen einer drohenden Umsiedlung auf die Psyche der Betroffenen.

Unterstützung erhielt die BUND-Argumentation von der Allgemeinwohlschädlichkeit der Braunkohlegewinnung durch Dierk Bauknecht vom Freiburger Öko-Institut. Er legte dar, dass Garzweiler II nie alternativlos gewesen war. Harry Lehmann vom Umweltbundesamt wies auf die im Vergleich zu anderen Formen der Stromerzeugung „höchsten Umweltkosten“ durch die Braunkohle hin. Durch den stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien mit laufenden Kosten gegen null und deren Einspeisevorrang bedingt würden Braunkohlenkraftwerke zudem auch aus wirtschaftlichen Gründen mittelfristig aus dem Markt gedrängt. Der grüne Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer wies in seinem engagierten Beitrag auch darauf hin, dass die damals der Garzweiler-Entscheidung zugrunde gelegten Prognosen den rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien massiv unterschätzt hätten.



Darf Bergrecht weiterhin Grundrecht brechen? Gibt es ein grundgesetzlich garantiertes „Recht auf Heimat“, das vor einer Vertreibung für den Tagebau schützt? Gibt es ein die Zwangsenteignung rechtfertigendes Allgemeinwohl? Dient der Tagebau überhaupt dem Allgemeinwohl? Diese und weitere verfassungsrechtlich relevanten

Fragen versucht jetzt das oberste deutsche Gericht erstmals zu klären.

Rechtsanwalt Dirk Teßmer und Geschäftsleiter Dirk Jansen erhielten ausgiebig Gelegenheit, die BUND-Argumentation darzulegen. Breiten Raum nahmen auch die Fragen der Sozialverträglichkeit der Umsiedlungen und der Rechtsschutzmöglichkeiten

Keine Überraschung, dass sich die Vertreter der Bundesregierung, von RWE sowie der Bezirksregierungen Arnsberg und Köln diesen Ausführungen nicht anschließen wollten. Auch NRW-Staatssekretär Günther Horzetzky (SPD) betonte die Unverzichtbarkeit der Braunkohle, während sein Kollege aus dem Umweltressort, Peter Knitsch (Grüne), ausführte, dass die Klimaschutzziele nur mit einer „drastischen Reduzierung“ des Anteils der Braunkohle erreichbar seien.

Viel Stoff also für die acht Verfassungsrichter, die vermutlich im Herbst ihre Entscheidung verkünden werden. Der BUND sieht dem optimistisch entgegen. Nach 30 Jahren Widerstand gegen Garzweiler II steht jetzt das Bergrecht und mit ihm der Tagebau auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand. Der lange Kampf zahlt sich endlich aus. (dj)

 www.bund-nrw.de/garzweiler

Rückenwind für Klimaschutz

KlimaDiskurs.NRW e.V. startet durch

Der Diskurs über Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen gewinnt an Dynamik. Jetzt widmet sich der KlimaDiskurs.NRW e.V. insbesondere den Interessensgegensätzen beim Klimaschutz im wichtigsten Industrie- und Energieland Deutschlands. Der gemeinnützige Verein, der mit seiner Auftaktveranstaltung am 18. Juli die Arbeit aufnahm, bringt künftig gezielt konfliktäre Parteien aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik in Debatten und geschützten Gesprächen zusammen. Zur Auftaktveranstaltung kamen 150 Akteure der Energiewende in Düsseldorf zusammen, um unter dem Thema „Nicht vor meiner Haustür - Die Paradoxe Akzeptanz Erneuerbarer Energien“ die aktuelle Windenergie-Debatte zu versachlichen.

„Mit der Gründung des KlimaDiskurs.NRW haben wir eine bundesweit einzigartige Plattform geschaffen, die Fragen des Klimaschutzes und der Energiewende nicht nur gesellschaftlich breit zu diskutieren, sondern auch Lösungen für Konfliktfälle anzubieten“, so Dirk Jansen, Mitglied des Vereins-Vorstands. „Klimaschutz muss eine Gemeinschaftsaufgabe sein, um Chancen der ökologischen Modernisierung zu nutzen und den Strukturwandel zu meistern.“

Der BUND NRW, das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW, der NABU NRW sowie die Verbraucherzentrale NRW initiierten den Verein. Gefördert wird der KlimaDiskurs.NRW von der Stiftung Mercator und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen. Insgesamt rund 1,2 Millionen Euro wurden als Anschubfinanzierung bereit gestellt. (dj)



Foto: St. Höfft

 www.klimadiskurs-nrw.de



LEE-Geschäftsführer Jan Dobertin (3.v.l.) zu Gast auf der Landesvorstandssitzung des BUND. Mit ihm blicken Kerstin Ciesla, Willy Baitinger, Thomas Krämerkämper, Holger Sticht und Klaus Brunsmeier optimistisch in die energiepolitische Zukunft.

Foto: D. Jansen

mäß des auch mit den Naturschutzverbänden abgestimmten Leitszenarios rechnerisch sogar 39 Terawattstunden durch Windparks bereitgestellt werden. Etwa 2 Prozent der Landesfläche müssten dafür genutzt werden.

Doch bis dahin ist es noch weit. Insbesondere die Artenschutzbelange spielen in der konkreten Planung von Windparks eine zentrale Rolle. Derzeit befindet sich ein entsprechender Leitfadenerarbeitung, an dem die Naturschutzverbände intensiv mitarbeiten. Allerdings wurde die Chance verpasst, durch eine bessere regionalplanerische Steuerung Konflikte bereits möglichst im Vorfeld zu verhindern. Letztendlich wird es also auf die konkrete Prüfung vor Ort ankommen. Dabei hat der BUND einen engen Austausch mit dem Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) vereinbart. Gemeinsam wollen wir Hilfestellungen für die BUND-Gruppen vor Ort geben und so zu einem naturverträglichen Ausbau der Windenergienutzung beitragen. (dj)

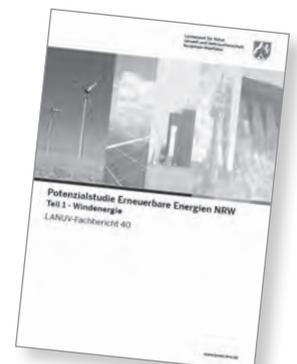
 www.bund-nrw.de/windenergie

Energiewende

Viel Wind in NRW

Dem Ausbau der Windenergienutzung kommt bei der Energiewende in NRW nach der Energieeinsparung die größte Bedeutung zu. Im Vergleich zu allen anderen erneuerbaren Energien liegen hier die größten Potenziale. Die Landesregierung will im Jahre 2020 insgesamt fast 21 Terawattstunden Strom aus Windenergieanlagen generieren und den Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung damit von heute etwa 4 auf 15 Prozent erhöhen. Dass dies möglich ist, zeigt die Potenzialstudie Windenergie des Umweltministeriums.

Danach könnten ge-





Der Uhu ist mal wieder der Verlierer. Fotos/M: Dirk Jansen, Trianel

Artenschutz bleibt auf der Strecke Urteil zur Trianel-Trasse

Der BUND blickt inzwischen auf einen reichen Erfahrungsschatz mit der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit zurück. Was aber am 21. Juni vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster passierte, verschlug den BUND-Experten dann doch vorübergehend die Sprache.

Das Oberverwaltungsgericht hatte die BUND-Klage gegen die Hochspannungsfreileitung zur Netzanbindung des Kohlekraftwerks Lünen rigoros abgewiesen. Das Gericht bezog sich dabei vor allem auch auf die Aussagen des Landesumweltamtes (LANUV), das keinen Konflikt der Stromleitung mit dem Schutz von Uhu, Kiebitz und Co. erkennen wollte. Dabei ist im internen Naturschutzinformationssystem des LANUV selbst dokumentiert, dass Freileitungen eine der Haupttodesursachen des Uhu sind. Im konkreten Genehmigungsverfahren war jedoch sowohl auf die vollständige Erfassung aller betroffenen Arten als auch auf die fachliche Bewertung möglicher Risiken durch die Stromtrasse verzichtet worden. In der Gerichtsverhandlung stritt der LANUV-Vertreter die Gefährdung einfach ab, obwohl die neue Freileitung sogar unmittelbar an einem Horst des seltenen Eulenvogels vorbeiführt.

Angesichts dieser Fehlleistung der Behörde forderte der BUND-Vorsitzende Holger Sticht, „dem Artenschutz bei Infrastrukturplanungen endlich einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.“ Es werde zwar bei jeder Gelegenheit den Schutz der biologischen Vielfalt beschworen, dieser würde aber gleichzeitig regelmäßig von den Landesbehörden durch die Genehmigungspraxis bei Großvorhaben konterkariert.

Zudem verwies das Gericht auf die so genannte ‚Einschätzungsprärogative‘, mit der den Genehmigungsbehörden ein Freibrief ausgestellt wird, willkürliche Genehmigungsentscheidungen fällen zu dürfen. Ins Bild passte auch, dass das Gericht wieder einmal wesentliche Einwände des BUND als unzulässig deklarierte, weil sie angeblich zu spät erhoben worden seien („Präklusion“). „Das ist ein klarer Verstoß gegen europäisches Recht“, empört sich BUND-Vorstand Thomas Krämerkämper. „Die bedenkliche Tendenz deutscher Gerichte, den Rechtsweg der Naturschutzverbände auf diesem Wege gezielt abzuschneiden, um Großvorhaben entgegen klarer Schutzvorschriften durchzusetzen, muss aufhören.“

Der BUND prüft jetzt, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen. (dj)

 www.bund-nrw.de/lünen

Erfolgreiches Projekt wird fortgesetzt Neues vom Wassernetz NRW

Gute Neuigkeiten: Alle, die sich in NRW ehrenamtlich für lebendige Bäche, Flüsse, Seen oder Grundwasser-Lebensräume engagieren, haben wieder eine Anlaufstelle in der Düsseldorfer BUND-Landesgeschäftsstelle. Das neue Team des Wassernetz-Büros von NABU, BUND und LNU berät, informiert und vernetzt alle Interessierten der Naturschutzverbände rund um den EU-weiten Gewässerschutz auf Basis der Wasserrahmenrichtlinie. Diese Initiative wird von dem Land unterstützt, um die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Schutz unserer Lebensadern zu fördern. Denn an der Gestaltung der neuen Maßnahmen der Behörden für saubere und naturnahe Gewässer können wieder alle BürgerInnen zwischen Rur und Weser mitwirken. Paul Kröfges und Christian Schweer, beide mit der Wasserrahmenrichtlinie und der verbändeübergreifenden Zusammenarbeit gut vertraut, bereiten jetzt - nach erfolgreicher Abstimmung der Stellungnahme zum Fahrplan der neuen Bewirtschaftungspläne für die NRW-Gewässer - gemeinsam mit weiteren Engagierten im Wassernetz neue Angebote vor.

Aktuell können alle NaturschützerInnen an einer Umfrage teilnehmen, um ihre Erfahrungen und Wünsche zum Gewässerschutz vor Ort

mitzuteilen. Die Umfrage läuft noch bis zum 30. September 2013. Und am 12. Oktober 2013 findet in Dortmund die Auftaktveranstaltung des neuen Wassernetz-Projektes statt, bei der sich die Mitglieder



der Naturschutzverbände in NRW über den Stand der Arbeiten informieren können, genauso wie über Beteiligungs- und Fördermöglichkeiten im Gewässerschutz. Im Fokus werden die Renaturierungsmaßnahmen für die Gewässer vor unserer Haustür stehen. Die Ergebnisse der Umfrage werden in diesem Zusammenhang vorgestellt und beraten. Dabei gibt es für alle Interessierten genügend Gelegenheit, sich mit weiteren Aktiven auszutauschen.

(cs)

➤ Nähere Informationen und Kontakt: christian.schweer@wassernetz-nrw.de, www.wassernetz-nrw.de Tel. 0211/302005-27



Christian Schweer betreut das Wassernetz der Naturschutzverbände. Die BUND-Bildungsoffensive vermittelt Gewässerschutz als Bildungseinheit - wie hier bei der Bestimmung des Saprobienindex am „Läppkes Mühlenbach“. Fotos: D. Jansen, B. Labesius

➤ Im September führt die BUND-Bildungsoffensive den ein zweiten Durchlauf der „Werkstatt praktische Umweltbildung“ in Herten durch. Die Fortbildung ermöglicht den Erwerb einer Jugendleiter-Card. Weitere Infos unter www.bund-nrw.de/bildungsoffensive+

Fit für die Umweltbildung vor Ort

BUND-Bildungsoffensive

Ich würde gerne an Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen in Kooperation mit dem BUND Umwelt-Ags anbieten“. Der Diplom-Umweltwissenschaftler Thorsten aus Mönchengladbach ist sichtlich motiviert, nach der BUND-Fortbildungsreihe „Werkstatt praktische Umweltbildung“ in Oberhausen direkt loszulegen. Mit seiner lokalen BUND-Gruppe hat er bereits Kontakt aufgenommen. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der BUND-Bildungsoffensive erstellt er derzeit ein Vermittlungsschreiben, mit dem er sich persönlich an Schulen vorstellen möchte. Sabine aus Soest möchte lieber ein Ferienangebot machen. Hospitiert hat sie bereits im letzten Sommer bei den „Naturdetektiven“ und nach der Fortbildung fühlt sich die angehende Waldorfpädagogin fit genug, ein Angebot selbständig zu organisieren. Thorsten und Sabine sind zwei von vierzehn TeilnehmerInnen, die an drei Wochenenden im Mai und Juni viele praktische Impulse für ihre Bildungsarbeit erhalten haben. Erfahrene BUND-Umweltbildnerinnen gaben Einblick in verschiedene Tätigkeitsfelder. Als Praxisbeispiel wurde unter anderem eine Gewässerkartierung durchgeführt. Dabei wurde „Läppkes Mühlenbach“ nach chemischen Gesichtspunkten untersucht und durch die Bestimmung kleiner Wassertiere der Saprobienindex bestimmt. Aber auch die Themen Pädagogik, Sicherheit und Aufsichtspflicht spielten eine wichtige Rolle. Am letzten Wochenende hatten die Teilnehmenden in Gruppen die Möglichkeit ihre eigenen Bildungseinheiten zu entwickeln und zu erproben. Thorsten, Sabine und die anderen SeminarteilnehmerInnen haben nun viele neue Ideen, wie sie ihre Bildungseinheiten - ob in der Schule, im Kindergarten, im Ferienprojekt oder in der Kindergruppe - mit spannenden Inhalten füllen können. (bl)

BUND-Familiencamp in Altenberge

Zelten zwischen Schafen

An einer langen Tafel, gedeckt mit frisch gebackenem Brot, leckeren Aufstrichen und duftendem Kaffee sitzen elf gut gelaunte Familien am Frühstückstisch und freuen sich über die Herde Schafe, die an ihnen vorbeizieht. Zum Glück hat der Bauer noch einen zusätzlichen Zaun gezogen, sonst würde sich sicherlich ein Lämmchen zum Tisch verirren und Gefallen an dem frischen Schafskäse finden, der aus der Milch seiner Mutter hergestellt wurde. Beim Melken der Schafe durften die Kinder des Familiencamps, das über Fronleichnam auf dem Hof Entrup in Altenberge stattgefunden hat, selber



Landwirtschaft hautnah erlebt: Kinder säen Kürbiskerne aus. Foto: B. Labesius

mithelfen. Auch das Einsäen der Kürbiskerne hat schon den dreijährigen, aber auch den größeren Kindern viel Spaß gemacht. Außerdem standen auf dem viertägigen Zeltlager, das die BUND-Kreisgruppe Steinfurt in Kooperation mit der BUNDjugend NRW durchgeführt hat, Ponyreiten, eine Lagerolympiade und eine Hofralley auf dem Programm. Und abends gab es dann Stockbrot am Lagerfeuer.

Das Familiencamp ist eines von zwanzig Best-practice-Beispielen, die im Projekt *Bildungsoffensive BUND* zum Nachmachen für andere BUND-Gruppen entstehen und erprobt werden. „Für meine Kinder war es ihr schönster Urlaub. Eine Wiederauflage fänden wir daher super“, so ein Vater zweier Kinder aus Hörstel. Das Ziel, den Kindern zu zeigen, dass das Spielen in der Natur großen Spaß macht, ist somit erreicht worden. Und wie eine tierfreundliche und ökologische Landwirtschaft funktioniert, das haben alle hautnah erlebt.

„Toll war, dass die Kinder auch außerhalb des Programms, immer direkt etwas zum Spielen gefunden haben“, so eine der drei ehrenamtlichen Leiterinnen des Camps. „Die Größeren suchten Stöcke aus dem Wald und schnitzten, die Kleineren kletterten auf Baumstämmen herum“. So konnten die Eltern auch mal etwas länger an der Frühstückstafel sitzen bleiben und gemütlich ihren Kaffee genießen. (bl)

i Das Familiencamp auf dem Hof Entrup soll im nächsten Jahr an Pfingsten wiederholt werden. Wer Lust hat, das Camp mit zu organisieren, mit seiner Familie teilzunehmen oder bei sich vor Ort etwas Ähnliches ins Leben rufen will, kann sich gerne im Projektbüro der BUND-Bildungsoffensive melden. Ansprechpartnerinnen sind Bettina Labesius und Mareike Kursawe. Tel.: 02921/346943 oder bildungsoffensive@bund.net.

BUNDcache

Bildung mit GPS-Gerät

Geocaching, die satellitengestützte Schatzsuche, ist ein spannendes Medium, verschiedene Zielgruppen in die Natur zu locken. Im Projekt „BUNDcache“ fördert die BUNDjugend die Entwicklung von GPS-Bildungsrouten im Verband. Nach einer Fortbildung im November 2012 entwickeln derzeit acht BUND-Gruppen betreute Bildungsrouten für Kinder und Jugendliche, bei denen Wissensvermittlung mit interaktiver Schnitzeljagd kombiniert wird.

In Köln ist die Route zum Thema „Stadtökologie“ bereits fertig gestellt. Öffentlich ausgeschriebene Begehungen laden Familien zur Schatzsuche ein; Schulklassen und weitere Gruppen können für die rund dreistündige Tour eigene Termine buchen. Das Finden des Schatzes am Ende stellt ein abschließendes Erfolgserlebnis dar. Im Mittelpunkt stehen aber die zahlreichen Stationen, an denen die Gruppen kreative Aufgaben lösen müssen, um die Koordinaten für den nächsten Punkt heraus zu finden.

Geocaching ist auch in Form von dauerhaften, unbetreuten Routen für BUND-Themen einsetzbar: der BUND Bonn zeigt, wie's geht und bietet vier Geocaching-Touren zu ökologischen „Hot Spots“ an. Diese beinhalten knifflige Fragen rund um die Tier- und Pflanzenwelt, die zu Stationen mit ökologischen Besonderheiten führen.

In den kommenden Monaten entwickelt die BUNDjugend mobile Routen zu Themen wie Ernährung oder Biodiversität für Kinder und Jugendliche. Diese sollen mit geringem Aufwand räumlich flexibel einsetzbar sein. Beispielsweise soll die Route „Essbare Stadt“ Jugendliche für die Auswirkungen der Lebensmittelindustrie sensibilisieren und gesunde, nachhaltige Produkte erschmecken lassen. Die Stationen sind so gestaltet, dass sie sich in nahezu jeder Innenstadt einrichten lassen. Die mobilen Routen ermöglichen damit vielen Gruppen des Verbands, mit vergleichsweise geringem Vorbereitungsaufwand eigene BUNDcache-Angebote zu realisieren. Hierbei werden sie von der BUNDjugend unterstützt und können kostenfrei Geräte leihen. (as)

i Mehr Infos zu den Fortbildungsveranstaltungen und dem BUNDcache-Projekt unter www.bund-nrw.de/bildungsoffensive/bundcache

Foto: P. Mülbredt



IMPRESSUM: Das *NRWinfo* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**
♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Bettina Labesius, Andrea Schaupp, Christian Schweer, Holger Sticht ♦ **Auflage:** 18.800 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRWinfo* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2013 ♦ © BUND NRW, August 2013

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)